

Parlamentarischer Abend zur Energiewende

Das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) und die KEA Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg zogen im Mai beim Parlamentarischen Abend im Stuttgarter Haus der Geschichte eine vorläufige Bilanz der grün-roten Energiepolitik.

Vor rund 110 Gästen wies Umweltminister Franz Untersteller zunächst in seinem Grußwort auf das Förderprogramm „Energieeffizienzfinanzierung - Sanieren“ hin, das seit April 2012 in Baden-Württemberg verfügbar sei und auf große Resonanz stoße. Es baue auf dem KfW-Förderprogramm „Energieeffizient Sanieren Kredit“ auf. Das verbillige zusammen mit der L-Bank die ohnehin günstigen Konditionen des KfW-Programms. Außerdem betonte er, dass das Land in Sachen Energiewende auf einem guten Weg sei. Zum einen arbeite die Landesregierung an der Novelle des Landesplanungsgesetzes und des Windenergieerlasses, zum anderen würden das Klimaschutzgesetz und das integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept des Landes momentan im Fokus der Energiepolitik stehen.

Etwas zurückhaltender beurteilten dies die Geschäftsführer von ZSW und KEA sowie der Pforzheimer Bürgermeister Alexander Uhlig in ihren Impulsvorträgen. Sie forderten mehr Anstrengungen für die Energiewende. Zwar befände sich Baden-Württemberg insgesamt auf einem guten Weg, allerdings mahnten die Referenten weiteres Engagement an: Während der geschäftsführende Vorstand des ZSW, Prof. Dr. Frithjof Staiß, die Kommunen stärker in die Pflicht nehmen will, erwartet KEA-Geschäftsführer Dr. Volker Kienzlen noch mehr Engagement bei der Gebäudesanierung.

Insgesamt sei die energiepolitische Bilanz seit dem Regierungswechsel im Südwesten positiv, erklärte ZSW-Vorstand Staiß. „Der Zubau bei der Photovoltaik liegt im Soll. Das Ziel, die Solarstromproduktion von derzeit etwa 3 auf 7,6 Terawattstunden bis 2020 zu steigern, ist machbar, setzt aber weiterhin ausreichende Anreize im EEG voraus.“ Beim Ausbau der Windenergie seien neue Impulse durch das jüngst verabschiedete Landesplanungsgesetz zu erwarten. „Bislang ließ der Zubau von Windkraftanlagen sehr zu wünschen übrig. Daher ist es sinnvoll, den Kommunen und Bürgern nun mehr Mitspracherecht bei den künftigen Standorten zu geben. Mehr Bürgernähe bedeutet schließlich auch eine höhere gesellschaftliche Akzeptanz der Energiewende“, erläuterte Staiß. Unabdingbar sei allerdings, dass die Kommunen nun entschlossen handeln und die Windkraft als Chance begreifen, betonte der Wissenschaftler. „Die Städte und Gemeinden müssen jetzt die Energiewende engagiert mitgestalten. Dann können sie zugleich von zunehmender regionaler Wertschöpfung und den positiven Effekten auf dem Arbeitsmarkt profitieren.“

Deutlichen Handlungsbedarf sah KEA-Geschäftsführer Kienzlen beim Thema Gebäudesanierung. Zwar seien Fortschritte erzielt worden, doch seien diese insgesamt noch zu gering. „Einerseits müssen künftig doppelt so viele Gebäude in Baden-Württemberg energetisch saniert werden als dies momentan geschieht, andererseits muss aber auch die Qualität der Sanierungen weiter verbessert werden“, erklärte Kienzlen. Er verwies auf die enormen Anstrengungen, die erforderlich seien, um die Sanierungsquote zu verdoppeln: Zwei Milliarden Euro an Investitionskosten würden allein für den Wohnungsbau pro Jahr zusätzlich anfallen, 20.000 Arbeitsplätze im Handwerk müssten geschaffen werden. Es bestünden aber noch erhebliche Hemmnisse, die mehr Sanierungen verhinderten. „Eine tragfähige Idee

erscheint uns ein von Industrie und Banken gespeister Sanierungsfonds, in den zwei Promille der zusätzlichen Investitionskosten fließen sollen. Damit soll ein deutlicher Ausbau des Programms ‚Zukunft Altbau‘ finanziert und dadurch noch viel mehr Bürger umfassend und neutral beraten werden“. Daneben verwies Kienzlen auf Überlegungen zur Bildung regionaler Zukunft Altbau-Partnernetzwerke zur Qualitätssicherung, die von regionalen Energieagenturen betreut werden sollten. Zudem solle die grün-rote Regierung weiter für eine stabile Förderung eintreten. Die von der Landesregierung unterstützte steuerliche Absetzbarkeit von Gebäudesanierungen müsse schnell auf den Weg gebracht werden, forderte der KEA-Chef während seines Impulsreferates.

Alexander Uhlig, Bürgermeister und Umweltdezernent aus Pforzheim stellte im Anschluss die Klimaschutzbausteine der Stadt vor und betonte dabei die Wichtigkeit der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) für Kommunen. Bereits seit 1965 spiele KWK in Pforzheim eine wichtige Rolle und sei auch heute noch ein zentraler Bestandteil im Bereich des Klimaschutzes. Insgesamt gebe es eine Reihe KWK-Anlagen in der Stadt. Uhlig zeigte auf, mit welchen Problemen sich die Stadt bei der gasbasierte KWK konfrontiert sehe: So müsse die GuD-Anlage Ende 2015 vom Netz genommen werden, da die Emissionsgrenzwerte technisch nicht einhaltbar seien. Des Weiteren seien die Investitionsrisiken für den Bau einer neuen Anlage – vor allem aufgrund der unkalkulierbaren Entwicklung der Stromerlöse – zu hoch. Die Stadt plane deshalb, ab 2016 mit Gas nur noch Wärme zu erzeugen, wodurch die Stromkapazität aus KWK um 50 % sinken werde. Mittelfristig soll die Kohlefeuerung durch Gas und Biomasse im Heizkraftwerk Pforzheim ersetzt werden. Außerdem wolle die Stadt den Ausbau der Fernwärme vorantreiben sowie die Nahwärmeversorgung in einigen Stadtgebieten ausweiten. Uhlig forderte von Seiten der Politik eine Erhöhung des KWK-Zuschlags (KWK-Gesetz), fixe Erlöse aus Systemdienstleistungen (Netzstabilität, Reserveleistung) sowie die Einführung von Kapazitätsmarktmechanismen.

Im Anschluss an die Impulsreferate folgte eine intensive Diskussion mit den Referenten und den anwesenden Vertretern der Landtagsfraktionen auf dem Podium. Die energiepolitischen Sprecher Alexander Schoch (Bündnis 90/Die Grünen), Johannes Stober (SPD) und Paul Nemeth (CDU) sowie der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Friedrich Bullinger (FDP) stellten sich den aktuellen energiepolitischen Fragen des Publikums. Aufgegriffen wurde hierbei unter anderem die Frage, die Volker Kienzlen in seinem Vortrag bereits angestoßen hatte: Wie lassen sich zukünftig Bürgerinnen und Bürger noch besser für das Thema Gebäudesanierung sensibilisieren? Während der KEA-Geschäftsführer die Themen Netzbildung, Stärkung von Zukunft Altbau und Sanierungsfonds angerissen hatte, äußerten sich die Parlamentarier zu den regionalen Energieagenturen. Diese hätten zwar eine zentral wichtige Stellung inne, seien den Wohnungs- und Hauseigentümern in Baden-Württemberg jedoch immer noch nicht ausreichend bekannt, so Stober. Lösungsvorschläge zur Bekanntheitssteigerung der Agenturen oder gar Ideen, wie die Endverbraucher noch besser angesprochen werden könnten, wurden von Seiten der Fraktionen darüber hinaus jedoch nicht geliefert.

Beim Thema EWärmeG warteten die Zuhörer vergeblich auf konkrete Aussagen. Das Erneuerbare-Wärme-Gesetz verpflichtet Hauseigentümer, beim Heizungsaustausch zehn Prozent ihres Wärmebedarfs über erneuerbare Energien zu decken. Momentan wird das Gesetz novelliert. Ein wichtiger und strittiger Punkt ist die Erhöhung der aktuellen zehn auf 15 Prozent an erneuerbaren Energien beim Austausch der Heizungsanlage. Während sich hier

die SPD noch schwer tut, fordert Nemeth dies vehement. Die CDU werde sich auch zukünftig für die Erhöhung stark machen, so der CDU-Politiker am Ende der Diskussionsrunde.

Im kommenden Jahr wollen ZSW und KEA wieder zu einem Parlamentarischen Abend einladen. „Offensichtlich besteht immer noch sehr viel Diskussionsbedarf. Das müssen und möchten wir unterstützen“, so Kienzlen. „Ich denke, dass wir durch konstruktive Gespräche, intensive Zusammenarbeit und wirkliches Zuhören in Baden-Württemberg viel bewegen können. Genau das möchten wir mit unserer Veranstaltung fördern!“